

## Ungarn 1956 –

### Ein historisches Ereignis als politisches Legitimationsinstrument

1956 bildet neben der Christianisierung Ungarns und der Revolution von 1848 eines der konstitutiven Elemente der ungarischen Geschichtskultur. Aus diesem Grund wurde auf politischer Ebene auch in der jüngsten Vergangenheit auf diese historischen Ereignisse als Instrumente der Legitimation zurückgegriffen. So wurde im Dezember 1999 unter der rechtskonservativen Regierung Viktor Orbáns das „Gesetz über das Gedenken an die Staatsgründung durch den Hl. Stephan und über die Heilige Krone“ erlassen und die Krone vom Nationalmuseum ins Parlament transferiert. Mit dem Stephanskult wurde nicht nur ein Bekenntnis zur Zugehörigkeit Ungarns zum „christlichen Europa“ abzulegen, sondern auch symbolisch eine Kontinuität zur einstigen territorialen Größe Ungarns herzustellen beabsichtigt. Ähnlich verhält es sich bezüglich der Revolution von 1848, auf die sich in erster Linie Vertreter der liberalen Tradition, aber auch des konservativen Lagers berufen.

Gerade aber um die zahlreichen Facetten, die 1956 von anderen historischen Referenzpunkten wie der eingangs erwähnten Christianisierung oder der Revolution von 1848 unterscheiden, vermitteln zu können, bleibt im vorliegenden Text dieser weite Kontext der ungarischen Geschichtskultur zugunsten einer auf den politischen Diskurs über 1956 fokussierten Darstellung unberücksichtigt.

Was 1956 betrifft, gestaltet sich die Anwartschaft um das historische Erbe äußerst komplex. In diesem Zusammenhang bezeichnete Miklós Krassó, der 1956 eine führende Rolle beim Aufbau der Arbeiterräte spielte, 1956 treffend als „Mädchen für alles“ und meinte:

„Die ungarische Revolution ist dazu verurteilt, auf diese Weise behandelt zu werden: dass alle in ihr die Bestätigung ihrer eigenen Ansichten sehen. Unmittelbar nach der Revolution reagierten alle Kräfte auf diese Weise. Sozialisten, Anarchisten, Liberale, Faschisten und Konservative hatten alle das Gefühl: Dies ist ihre Revolution.“<sup>41</sup>

Unter anderem ist dies auch auf den Umstand zurückzuführen, dass sich die '56er Ereignisse über einen relativ kurzen Zeitraum, nämlich vom 23. Oktober bis zur zweiten sowjetischen Intervention am 4. November erstreckten. Gerade diese kurze Zeitspanne bietet genügend Raum für Spekulationen.

Dementsprechend divergieren je nach politischer Intention die Auffassungen zu folgenden Fragen: Welche Ziele wurden im Oktober 1956 verfolgt? War es die Restaurierung kapitalistischer Verhältnisse, die Verwirklichung einer sozialistischen Alternative zum stalinistischen Regime oder die nationale Befreiung? Von welchen gesellschaftlichen Gruppen wurde der Aufstand getragen?

Dies äußert sich nicht zuletzt auch in der Terminologie. Im Diskurs über 1956 begegnet man den verschiedensten Begriffen, die zugleich eine Antwort auf diese Fragen geben und die Haltung der jeweiligen Verfasser gegenüber dem Thema widerspiegeln: Revolution, Konterrevolution, Aufstand, Volkserhebung, nationaler Befreiungskampf, politische oder antiautoritäre Revolution.

Ausgehend von diesen Fragestellungen sollen die unterschiedlichen, einander nicht selten widersprechenden Bewertungen zu 1956 analysiert und miteinander verglichen werden. In einem kurzen Abriss werden jeweils der Stellenwert von 1956 in der Propaganda der Kádár-Ära sowie sozialistische, liberale und konservative Deutungen dargestellt. Weitere daraus resultierende Fragestellungen beziehen sich auf 1956 als historischen Referenzpunkt der ungarischen Emigration und Opposition, den Stellenwert von 1956 während des Systemwechsels im Jahre 1989 sowie die Periode zwischen 1989 und der Gegenwart. In diesem Zusammenhang steht die Frage im Vordergrund, welche politischen Ansprüche noch heutzutage von diesem historischen Ereignis abgeleitet werden.

## 1956: Eine Konterrevolution

1956 stellte für das offizielle Ungarn bis zum Zusammenbruch des poststalinistischen Systems 1989 einen wunden Punkt in dessen Geschichte dar. Damals war es zum ersten Mal seit der Errichtung der Einparteiensherrschaft zu einem offenen Aufstand gegen das Regime gekommen. Zum ersten Mal wurde das System in Frage gestellt, ja sogar für einige Tage gestürzt.

Zwar bezog der Kádárismus seine Legitimation insbesondere in der nach dem Oktober 1956 einsetzenden und bis in die Anfänge der 1960er Jahre hineinreichenden Phase der „Konsolidierung“, also der Repressionen und darauf folgenden Rückkehr zur „Tagesordnung“, unter anderem aus der Niederschlagung der „Konterrevolution“, gleichzeitig lief das System aber stets Gefahr, durch die dieser Legitimation immanenten Widersprüche an Glaubwürdigkeit zu verlieren.

Gemäß der Anfang Dezember 1956 vom Provisorischen Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (MSZMP) formulierten und bis in die Mitte der 1980er Jahre alleingültigen Analyse der Ereignisse waren die Auseinandersetzungen zwischen dem 23. Oktober und 4. November 1956 auf folgende vier Ursachen zurückzuführen:

1. Die Rákosi-Gerő-Clique, die in der Zentralen Leitung der Partei der Ungarischen Werktätigen sowie in der Regierung der Ungarischen Volksrepublik über einen entscheidenden Einfluss verfügte, war Ende 1948 von den grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus abgewichen.
2. Beim Ausbruch der Oktoberereignisse und deren tragischer Wendung spielte auch jener Flügel der in den vorangehenden Jahren entstandenen und ständig gewachsenen Parteiopposition eine schwerwiegende Rolle, der Imre Nagy und Géza Losonczy auf seine Fahnen geheftet hatte. Die Kritik wurde – zu Unrecht – aus der Partei auf die Straße hinausgetragen, in sie stimmten auch die reaktionären Elemente ein. Auf diese Weise hat die Kritik das noch vorhandene Ansehen der Partei erschüttert [...], die Kräfte der Reaktion ermutigt und in bedeutendem Ausmaß zum Ausbruch der Konterrevolution beigetragen.
3. [...] Ein grundlegender Faktor war die Konterrevolution des Horthy-Faschismus und des ungarischen kapitalistischen Großgrundbesitzes. Ziel der ungarischen Konterrevolution war die Wiederherstellung der kapitalistisch-grundherrschaftlichen Ordnung. [...]
4. Schließlich spielte bei den Ereignissen in Ungarn der internationale Imperialismus eine entscheidende und grundlegende Rolle, dessen Ziele selbstverständlich über die ungarische Frage hinausgingen. [...]<sup>2</sup>

Diese vier Punkte bildeten die Grundlage des Argumentationsgebäudes im Bezug auf 1956. Die einzelnen Faktoren miteinander zu verbinden glich allerdings eher einem argumentativen

Drahtseilakt: Wurde etwa auf Mátyás Rákosis Dogmatismus und die Schauprozesse verwiesen, so gestaltete es sich umso schwieriger, die Reformbestrebungen Imre Nagys in das Licht des Revisionismus zu rücken und als illegitim darzustellen. Wurden wiederum die revisionistischen Bestrebungen des letzteren als Ursache des Niedergangs hervorgehoben, riskierte man, in die Nähe Rákosis gerückt oder gar mit dessen Politik identifiziert zu werden.

Abgesehen vom Beharren auf diesen vier Punkten beschränkte sich die offizielle Aufarbeitung von 1956 auf wenige allgemein zugängliche Publikationen. Zu den wichtigsten gehörte die 1969 erschienene und 1981 wieder aufgelegte Darstellung *Konterrevolution mit Feder und Waffe*<sup>3</sup> von János Berecz, einem ZK-Abteilungsleiter, und die ausführliche, in erster Linie ideologische Fragen behandelnde Analyse *Konterrevolution in Ungarn. Kritik der bürgerlichen Deutungen*<sup>4</sup> von János Molnár aus dem Jahre 1967. Auf das Massenpublikum ausgerichtet waren die so genannten *Weißbücher*, eine Dokumentation der vom „konterrevolutionären Mob“ verübten Verbrechen sowie die 1981 im Zentralorgan *Népszabadság* veröffentlichte Artikelserie mit dem Titel *Dies geschah*,<sup>5</sup> in denen Fälle von Lynchjustiz und antisemitische Übergriffe als Beweis für den faschistischen Charakter der Bewegung angeführt wurden. Diese sind in der Tat nicht zu leugnen. Dass aber, wie etwa David Irving in seiner Analyse *Aufstand in Ungarn* behauptet, sich dieser „zu einem antisemitischen Pogrom entwickelt“<sup>6</sup> hätte, bestreiten u.a. auch Agnes Heller und Ferenc Fehér, Autoren von *Ungarn '56. Geschichte einer antistalinistischen Revolution*<sup>7</sup> sowie Hannah Arendt in *Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus*.<sup>8</sup> Nicht Mobherrschaft, sondern gerade die Disziplin der Räte charakterisierte ihrer Meinung nach die Ereignisse.

Die Haltung der MSZMP gegenüber den antisemitischen Übergriffen und Parolen war in der Folgezeit indessen ambivalent: Zum einen dienten diese als Argument für die Charakterisierung von '56 als faschistische Bewegung oder für die Rechtfertigung der Niederschlagung auf internationaler Ebene, etwa gegenüber der UNO, zum anderen riskierte sie damit innerhalb Ungarns die Thematisierung des antikommunistischen Aspektes.<sup>9</sup>

Nach Möglichkeit wurde die Thematisierung von 1956 im Allgemeinen konsequent vermieden, ja es wurde überhaupt versucht, den Blick der Öffentlichkeit weg von der Vergangenheit, etwa von 1848, in Richtung Zukunft zu richten (insbesondere anlässlich von Feiertagen wie dem 1. Mai).

„Feiertage im Zeichen der Revolution und des Freiheitskampfes von 1848, der 15. März etwa, wurden ihres ursprünglichen geistigen Hintergrundes beraubt und stets etwas argwöhnisch als potentiell gefährliche Feiern betrachtet [...] Der Kádárismus vermied bei der Festlegung der Rangordnung der wichtigsten gesellschaftlichen und staatlichen Feiern allzu auffälliges Siegesgehebe.“<sup>10</sup>

Manche sind in diesem Zusammenhang zu der Schlussfolgerung gelangt, dieses ständige „Schweigen und Verschweigen“ bezüglich 1956 hätte überhaupt zu einer „beispiellosen tiefen Amnesie“ und kollektivem Vergessen geführt.<sup>11</sup> Gerade aber im Zusammenhang mit 1956 legte das permanente Bemühen um Verdrängung und Tabuisierung die der Erinnerung an dieses Ereignis immanente ständige Gefahr offen und verschaffte ihr dadurch gewissermaßen Präsenz:

„Das aus seinem ursprünglichen Verbrechen heraus entstandene Kádár-System bot als positives Programm zum Vergessen von 1956 den ‚Gulaschkommunismus‘ an, der natürlich selbst auch an die niedergeschlagene Revolution erinnert. In Wirklichkeit war damals die praktische Bedeutung von 1956 viel größer, als jemals nach 1989, denn das damit zusammenhängende krampfhaftes Schweigen war ebenso daraus erwachsen, wie der bei-

nahe gesamte Komplex der Kádárschen politischen Praxis, welche dazu berufen war, die Erinnerung an die revolutionären Ereignisse in Schweigen zu hüllen.<sup>12</sup>

Ein wesentlicher Indikator, an dem der Umgang des Regimes mit 1956 abgelesen werden kann, ist die Terminologie: Die im offiziellen Diskurs einzig gültige Bezeichnung dessen, was 1956 geschehen war, lautete noch bis in die 80er Jahre „Konterrevolution“. Daneben war aber auch häufig von „Ereignissen“ die Rede, worunter allerdings weniger eine neutrale Wertung zu verstehen ist als vielmehr der Versuch, das Geschehene eben zu tabuisieren.

In den 1970er Jahren etablierte sich in der parteiamtlichen Darstellung allmählich die Bezeichnung „nationale Tragödie“. Es war Kádár selbst, der diesen Begriff 1972 einführte:

„1956 kam es zu einer außerordentlich schwierigen Situation, die wissenschaftlich als Konterrevolution bezeichnet wird. Wir wissen, dass dies die wissenschaftliche Definition dessen ist, was 1956 geschehen ist. Aber es gibt auch einen anderen Begriff, den wir alle akzeptieren können: Dies war eine nationale Tragödie. Eine Tragödie für die Partei, für die Arbeiterklasse, für das Volk und auch für den einzelnen Menschen. Der Weg war verfehlt worden, und daraus entstand eine nationale Tragödie.“<sup>13</sup>

Kádár und die Partei waren sich dessen sehr wohl bewusst, dass der Begriff „Konterrevolution“ nicht für alle akzeptabel war. Hingegen war 1956 sowohl aus der Sicht der Partei als auch der Verlierer eine „nationale Tragödie“. Diese Bezeichnung ist vage genug und ermöglicht somit einen größeren Interpretationsspielraum, innerhalb dessen die Ereignisse individuell und dementsprechend unterschiedlich bewertet werden können.

Anlässlich des 25. Jahrestages der Revolution 1981 und insbesondere fünf Jahre später erschien eine Reihe von Artikeln zu 1956, die „Konterrevolution“ war Thema zahlreicher Sendungen in Radio und Fernsehen. Die Auffassung, wonach mit den Wirtschaftsreformen der späten 1970er und frühen 1980er Jahre eine ideologische Öffnung und daher das Ende der Tabuisierung einherging, scheint in diesem Zusammenhang nahe liegend, erweist sich allerdings bei näherer Betrachtung als Trugschluss. Die Analyse wich nicht wesentlich von den früheren Darstellungen ab. Dass in den 1980er Jahren dieselbe Argumentationslinie verfolgt wurde wie unmittelbar nach dem Oktober 1956, zeigt, von welcher Bedeutung 1956 nach wie vor für die Legitimation des Regimes war und welche Gefahr eine Rückbesinnung auf 1956 in sich barg.

„Einerseits fühlte man sich den Fragen der jüngeren Generation ausgesetzt, der man offensiv antworten will, nicht zuletzt um dem wiederholt erhobenen Vorwurf die Grundlage zu entziehen, der Aufstand werde in Ungarn tabuisiert; man demonstriert für jeden sichtbar, dass man es sich leisten kann, auch heikle Fragen anzuschneiden, und überlässt das Thema nicht der Opposition.“<sup>14</sup>

Der Wandel der Terminologie widerspiegelte somit die allgegenwärtige Notwendigkeit, insbesondere seit Mitte der 1980er Jahre die Definition des Geschehenen nicht den immer – soweit es die Umstände zuließen – offener agierenden oppositionellen Gruppen zu überlassen. Die Gefahr resultierte für das Regime insbesondere aus der Tatsache, dass die Erinnerung an 1956 gleichzeitig Kritik am System implizierte.<sup>15</sup> Sobald aber der Partei das historische Feld abhandeln kam, war die Infragestellung des Systems als direkte Folge der Aufarbeitung der Vergangenheit nicht mehr zu verhindern. So wurde als erster vorsichtiger Schritt die Modifizierung der bisherigen Bewertung verkündet, jedoch ohne die seit Niederschlagung der Revolution vertre-

tene Grundthese zu revidieren. In diesem Sinne ließ der ZK-Sekretär György Fejti im Juni 1988 verlauten:

„Wir, insbesondere die Parteigeschichte und die Geschichtswissenschaft, stehen vor der Aufgabe, eine differenziertere Bewertung der Ereignisse, der Personen zu bieten, ohne dabei die ursprüngliche Beurteilung der '56er Ereignisse anzutasten. Und es gibt auch bestimmte abzuwägende menschliche Aspekte, die wir innerhalb eines angemessenen Zeitraums ordnen müssen. Jetzt befinden wir uns allerdings nicht in einer solchen Lage, und es wäre vielleicht gar nicht richtig, etwas zu überstürzen, wir müssen in ruhigeren Zeiten darauf zurückkommen und die Frage auf komplexe Art und Weise überdenken und regeln.“<sup>16</sup>

1989 kam schließlich die Wechselwirkung zwischen der Kritik am System und der Vergangenheitsanalyse mit besonderer Deutlichkeit zum Ausdruck: „[...] das Verhältnis zur Vergangenheit [wurde] zu einer Schlüsselfrage des ungarischen demokratischen Überganges.“<sup>17</sup> Damals erwies sich eine wiederholte Neubewertung von 1956 als einer der ausschlaggebenden Faktoren für die darauf folgenden politischen Veränderungen. Sie wurde denn auch von den Reformern in der MSZMP initiiert. Eine geschichtliche Untersuchungskommission wurde eingerichtet und die neue Bezeichnung schließlich vom Reformkommunisten Imre Pozsgay vorzeitig veröffentlicht. Im Jänner 1989 bezeichnete er in einer Radiosendung die Ereignisse von 1956 als „Volksaufstand“ und erklärte, dass „die Neubewertung zur Herausbildung eines Konsenses, einer nationalen Versöhnung erforderlich sei.“<sup>18</sup> Die Beweggründe für diesen Schritt erklärte Pozsgay folgendermaßen: Die Bezeichnung „Volksaufstand“ eignete sich deshalb, da sie

„keinen antisowjetischen Inhalt in sich birgt, aber antistalinistisch ist und zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch jenen genügt, die ansonsten eine darüber hinausgehende, andere Variante erwägen, nämlich den Gedanken an eine Revolution, eine nationale Revolution und einen Unabhängigkeitskrieg, Unabhängigkeitskampf [...]. Dieser Zusammenhang [der Begriff Volksaufstand] kann meiner Meinung nach die Partei aus einer aus tagespolitischen Zwängen heraus entstandenen Begriffsenge hinausführen ohne, dass ihre gesamte Identität und Selbstachtung untergraben würde, ohne, dass bei Betrachtung der gesamten Partei irgendeine besondere Rechenschaft abgelegt werden müsste [...]. Es geht also nicht darum, mit der Kategorie der Konterrevolution zu brechen, sondern auch darum, dass die Bezeichnung nicht wieder einhellig Revolution lauten darf.“<sup>19</sup>

Die Neubewertung, so geht aus dieser Erklärung hervor, war keineswegs als erster Schritt eines Übergangsprozesses konzipiert, vielmehr kam sie einer Flucht nach vorne gleich. Neue Form und alter Inhalt ließen sich jedoch nicht länger miteinander vereinbaren, der MSZMP blieb nichts mehr anderes übrig, als den Ereignissen nachzuhinken. Als erste Konsequenz der neuen Interpretation wurden die Opfer rehabilitiert, es folgte das offizielle Begräbnis von Imre Nagy und seiner Gefährten Géza Losonczy, Pál Maléter, Miklós Gimes und József Szilágyi am 16. Juni 1989, dem 31. Jahrestag der Hinrichtung von Nagy, Maléter und Gimes. Dieses Ereignis deutete schließlich den endgültigen Zusammenbruch des Regimes an. Am 23. Oktober wurde – auch als Zeichen der Kontinuität zu 1956 – die Republik ausgerufen. Mit dem ersten erlassenen Gesetz wurde der 23. Oktober zum Nationalfeiertag erklärt. Auf die Bedeutung von 1956 in der Vorphase des Systemwechsels wird noch im Weiteren eingegangen, zunächst aber zu den nicht nur von der offiziellen Version, sondern auch voneinander stark abweichenden Auslegungen der „Ereignisse“ von 1956.

## 1956: Eine sozialistische Revolution

Für die Kádár-Regierung war also eine einzige Definition für 1956 möglich und zulässig, da jede andere Deutung der Ereignisse ihre Legitimationsgrundlage in Frage gestellt hätte. Unter den verschiedenen anderen Zugängen war jedoch einer besonders gefährlich: Die Definition von 1956 als sozialistische Revolution. Jede andere Bezeichnung – Freiheitskampf, Volksaufstand, Auflehnung, um nur einige zu nennen – konnte mit Hilfe des in sich geschlossenen Geschichtsbildes zumindest scheinbar widerlegt oder zu eigenen Gunsten uminterpretiert werden: Da waren einerseits die Fehler der alten Führung, mit denen der „Unmut“ der Bevölkerung erklärt werden konnte, andererseits der westliche Imperialismus, dessen Abwehr die ungarische Gesellschaft zusammenschweißen sollte, mit dem gleichzeitig auch jede bürgerliche Kritik als imperialistische Propaganda entlarvt werden konnte. Da war auch der Anspruch auf die legitime Nachfolgerschaft der Reformpolitik Nagys, der aber eben zum Verräter mutiert war, und schließlich die wirtschaftlichen Fortschritte, die als Ergebnis der Niederschlagung verkauft werden konnten. Für diese Erklärungen reichte die eigene Diktion auch lange Zeit aus.

Besonders eine Definition drohte aber das Argumentationsgebäude zu sprengen: 1956 – eine sozialistische Revolution in der Tradition von 1917. Damit wurde eine der fundamentalsten Legitimationsgrundlagen der Volksrepubliken in Frage gestellt. Wie sollte erklärt werden, dass die stets propagierten sozialistischen Errungenschaften gerade von „Konterrevolutionären“ eingefordert wurden, dass die Führung, die Bürokratenkaste, nicht aber das System an sich in Frage gestellt wurde? In diesem Fall konnten die von Kádár beauftragten Geschichtswissenschaftler meist nur mehr auf ein Mittel zurückgreifen: jenes der Verleumdung.

Die erste Analyse der Revolution überhaupt, verfasst von Sándor Fekete<sup>20</sup> unter dem Pseudonym „Hungaricus“, erschien bereits 1957 im Untergrund und vertritt einen – der parteiamtlichen Diktion gemäß – „revisionistischen“ Standpunkt. Sicherlich nicht so große Verbreitung fand die Publikation der trotzkistischen Auslandsgruppe des Verbandes Ungarischer Revolutionärer Sozialisten, die aber eine umso ausführlichere Analyse bietet und deren Grundthesen, wenn auch mit anders lautenden Schlussfolgerungen, auch noch in zahlreichen späteren Publikationen aus diesem Spektrum zu finden ist: So etwa in Andy Andersons *Die Ungarische Revolution 1956* und Bill Lomax' *Ungarn 1956*. Beide britischen Autoren stellen in ihren Werken die Rolle der Arbeiterräte und die revolutionäre Basisdemokratie in den Mittelpunkt ihrer Untersuchungen.

Die Hungaricus-Analyse entstand zwischen Dezember 1956 und Februar 1957 in zwei Teilen: Im ersten Teil wird die Geschichte des Sowjetkommunismus und des Marxismus-Leninismus im Lichte des Oktober 1956 behandelt sowie ein Programm für den weiteren Kampf ausformuliert. Während der erste Teil noch unter dem Eindruck von Massenstreiks und passivem Widerstand verfasst wurde, in einem Zeitraum, als die Kádársche Führung noch notgedrungen mit dem Zentralen Arbeiterrat in Verhandlung trat, fällt die Abfassung des zweiten Teils bereits in die Phase der „Konsolidierung“, d.h. der gewaltsamen Auflösung des letzten Widerstandes. Es handelt sich dabei somit nicht mehr um ein aktuelles Programm, einen Leitfaden für die Opposition, sondern bereits um einen historischen Rückblick auf die Geschichte der ungarischen kommunistischen Partei und das Festhalten von Lehren für die kommenden Generationen.<sup>21</sup> Den größten Fehler in der Sowjetisierung Ungarns sieht Hungaricus in der Missachtung der nationalen Gegebenheiten, in der Unterordnung der ungarischen Kultur unter die russische, der „nationslosen Politik“. Die Hungaricus-Analyse steht insgesamt betrachtet in der Tradition des Reformkommunismus. Die Betonung des nationalen Faktors durchzieht dabei die gesamte Schrift, beginnend mit der Analyse des Stalinismus in Ungarn, über die Ursachen und den Charakter der „national-demokratischen Revolution“ bis hin zu den theoretischen Schlussfolgerungen für die Zukunft, in die dieser „Dritte

Weg“ führen sollte. Während *Hungaricus* insbesondere die Rolle der intellektuellen Opposition sowie den nationalen Charakter der Ereignisse hervorhebt, sehen andere Vertreter dieser Richtung in der Arbeiterschaft das tragende Element der „Ungarischen Oktoberrevolution“.

So sehr diese Interpretationen von sämtlichen anderen Deutungsmustern abweichen, so große Differenzen weisen sie in wesentlichen Fragen auch untereinander auf: So gehen die Meinungen bezüglich verschiedener Teilaspekte von 1956, etwa der Bewertung von Persönlichkeiten wie Imre Nagy und János Kádár oder den aus den Ereignissen zu ziehenden Lehren und Perspektiven für die Zukunft auseinander. Kritik am Rákosi-Regime und die Erkenntnis, Ziel der Revolution sei eine sozialistische Gesellschaft gewesen, sind den Analysen der Revolutionären Sozialisten, Andersons und Lomax' sowie dem *Hungaricus*-Pamphlet aber gemeinsam.

## 1956: Ein nationaler Freiheitskampf

Den obigen Analysen von 1956 ist gemeinsam, dass sie grundsätzlich von einem revolutionären Charakter der '56er Ereignisse ausgehen. Alle diese Richtungen betrachten den Kampf um die nationale Selbständigkeit, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung, als lediglich einen von mehreren Faktoren.

Vertreter der konservativen Richtung indessen lassen nur den (antikommunistischen) Freiheitskampf-Aspekt gelten, wonach 1956 einzig und allein für die nationale Selbständigkeit und gegen eine Fremdherrschaft gekämpft wurde.<sup>22</sup> Die Bezeichnung Revolution hingegen wird von den Konservativen über die Rechten bis zur extremen Rechten durchgehend abgelehnt, könnte doch damit eine sozialistische Deutung assoziiert werden. „In der ‚nationalen Emigration‘ [...] wird der Freiheitskampf für eine edlere und erhabener Sache gehalten, als eine Revolution oder eine Volksaufstand.“<sup>23</sup> Dies bedeutet allerdings keineswegs, dass die Vertreter dieser Richtungen 1956 nicht auch zur Legitimierung ihrer eigenen Politik heranziehen würden. Im Gegenteil: Die Bezeichnung Freiheitskampf dient ihnen u.a. als Rechtfertigung ihrer antikommunistischen Haltung. Aus dieser Prämisse heraus ist nun die konservative Darstellungsform der wichtigsten Aspekte der Revolution zu verstehen. Dass diese kaum mit einer liberal-demokratischen, geschweige denn sozialistischen Zielsetzung identifiziert werden konnte, versteht sich für die Vertreter dieser Richtung von selbst. Für den Großteil von ihnen steht 1956 in der Kontinuität des patriotischen Kampfes für das christliche Ungarn, in der Tradition der 1.000 Jahre hindurch währenden Verteidigung der Heimat. Die extreme Rechte (die emigrierten Pfeilkreuzler etwa) zog wiederum den Schluss, dass die Ungarn schlicht und einfach jenen Kampf fortsetzen, der „1945 beendet werden musste“.<sup>24</sup>

Von Konservativen und Rechten wurden allerdings auch in der Emigration keine umfassenden theoretischen Arbeiten verfasst,

„denn ihre Auffassung über die Ereignisse – die sie vom eigenen moralisch-politischen Standpunkt her als einen ‚selbstverständlichen‘ antikommunistischen Freiheitskampf des christlichen Ungarntums betrachtet haben – passte widerspruchlos zu den Ansichten über die ‚versklavten Nationen‘, die während des Kalten Krieges in den Gesellschaften, in denen sie Aufnahme gefunden hatten, vorherrschten.“<sup>25</sup>

Auch wurde von den 1956 in Erscheinung tretenden konservativen Kräften kein grundlegendes Programm verfasst, aus dem wesentliche Ziele zu ersehen wären. Einige Anhaltspunkte sind der am 3. November 1956, einen Tag vor Einrücken des sowjetischen Militärs, gesendeten Radio-

ansprache Kardinal Mindszentys zu entnehmen. Zwar enthält die Rede keine konkreten politischen Aussagen, sehr wohl aber bereits eine eindeutige Definition dessen, was in den Oktobertagen geschehen ist:

„In diesem Land sollen alle wissen, dass der ausgefochtene Kampf keine Revolution, sondern ein Freiheitskampf war“, und zwar ein „auf dieser Welt einzigartiger Freiheitskampf“.<sup>26</sup>

Dieser Kampf sei in erster Linie von nationalem Charakter gewesen und stand innerhalb einer langen Tradition von Freiheitskämpfen in der tausendjährigen Geschichte des christlichen Ungarn, etwa gegen die Türken:

„Denn wir mussten ständig einen Freiheitskampf ausfechten. Meistens zum Schutze der westlichen Länder. [...] Wir sind ein kleines Land ... In einer Sache sind wir aber die ersten. Es gibt keine Nation, die im Laufe ihrer tausendjährigen Geschichte mehr gelitten hätte, als wir.“<sup>27</sup>

Nun musste erneut gegen eine Fremdherrschaft gekämpft werden, diesmal gegen das „russische Reich“, wie Mindszenty die Sowjetunion in seiner gesamten Rede bezeichnet. (Auch folgende Aussage Otto Habsburgs geht in diese Richtung: „Die Russen handelten damals in der zaristischen Tradition.“)<sup>28</sup>

Auch diese bereits von Mindszenty angedeutete historische Kontinuität dient als Leitfaden in der konservativen Rezeption von 1956. In einem in *Nemzetőr* erschienenen Artikel etwa wird in nationalistischer Manier die Stärke des ungarischen Volkes gepriesen. Das „finnougrische Volk der Magyaren“ sei das einzige von den Reiternomaden, dessen Staat nach fast 1100 Jahren noch bestehe, Ungarn die „zweite geschichtsbildende Kraft in Südosteuropa neben Byzanz“, der „Schutzwall Europas“ gegen die „Ostvölker“.<sup>29</sup> In diesem Kontext erscheint 1956 als weiteres Kapitel dieses nationalen Geschichtsmythos.

Auffallend ist des Weiteren eine distanzierte Haltung zu den Mitgliedern der Regierung Nagy. Zwar richtete sich Mindszenty nicht explizit gegen diese, doch weist allein der Umstand darauf hin, dass er in diesem Zusammenhang stets von den „Erben des gestürzten Regimes“, welche „Verantwortung für ihre eigenen Handlungen, Versäumnisse, Verspätungen oder falschen Maßnahmen tragen“<sup>30</sup>, sprach. Auch eingangs stellt er sogleich fest, es sei für ihn nicht notwendig gewesen, mit seiner Vergangenheit zu brechen und spielte damit unmissverständlich auf die Reformkommunisten an, deren Bruch mit der stalinistischen Praxis er dadurch umso unglaublicher erscheinen ließ:

„Wird heutzutage eine Äußerung getätigt, so wird zumeist vom Betreffenden betont, diese sei ehrlich, da er mit der Vergangenheit gebrochen habe. Ich kann dies nicht sagen. Ich muss nicht mit meiner Vergangenheit brechen; durch Gottes Gnade bin ich derselbe geblieben, der ich vor meiner Inhaftierung war. Ich stehe mit derselben körperlichen und geistigen Unversehrtheit zu meiner Überzeugung, wie vor acht Jahren.“<sup>31</sup>

Der Mitverfasser einer Mindszenty-Biographie geht sogar so weit, wenn es um den parteiinternen Kampf geht, von einer „Scheinrevolution“ zu sprechen. Die Demonstration vom 23. Oktober

„war aber für das ungarische Volk der gegebene Augenblick, die Scheinrevolution – den Machtkampf innerhalb der Partei – an sich zu reißen und diese in einen von aller Welt bewunderten Freiheitskampf umzuwandeln.“<sup>32</sup>

Was die Protagonisten der Revolution betrifft, ist für die Vertreter dieses Spektrums Mindszenty, der „heroische Hirte“ und „Märtyrer“<sup>33</sup>, die Symbolfigur des Widerstandes. Er wird in den Rang von Nagy und seinen Mitstreitern gehoben, wobei im Sinne der konservativen Argumentation die moralische Integrität des letzteren geradezu angezweifelt werden muss, lässt sich doch sein Wirken als Kommunist mit der Theorie vom antikommunistischen Aufstand schwer vereinbaren.

Insgesamt beruht diese Form der Darstellung der Revolution in geringerem Ausmaß auf Analysen, das Geschehene wird nicht in seiner Komplexität und Vielschichtigkeit erfasst. Vielmehr wird die Deutung auf emotionale und irrationale Ebene nationaler Mythen verlagert. Aus diesem Kontext heraus ist auch die ausschließliche Interpretation von 1956 als nationaler Freiheitskampf zu verstehen. 1956 dient für die Repräsentanten des konservativen und rechten Spektrums vor allem der Festigung des Mythos der nationalen Kränkung sowie der Herstellung einer Kontinuität zum historischen Großungarn und seiner tausendjährigen Staatlichkeit.<sup>34</sup>

### ‘56er Traditionen in der Emigration

Während nach 1947 in erster Linie politisch aktive Menschen, insbesondere Vertreter des konservativen Lagers, aus Ungarn flüchteten, verließen 1956 nicht nur an der Revolution aktiv Beteiligte, sondern Angehörige sämtlicher gesellschaftliche Schichten und politischer Richtungen aus den unterschiedlichsten Motiven das Land. Etwa 200.000 Ungarn, knapp zwei Prozent der ungarischen Bevölkerung, entschieden sich für die Emigration. „Die Flüchtlinge von 1956/57 stellten einen Querschnitt der ungarischen Gesellschaft dar, vom kleinen Gauner bis zum Priester. Die Mehrzahl war unpolitisch, wollte irgendwo in der Fremde bleiben [...]. Die politisch Engagierten hofften, im Ausland ihren Kampf fortsetzen zu können.“<sup>35</sup> Der Anteil letzterer war indes geringer, als bei den Emigrationswellen 1945 und 1947; dieses Mal verließ die Mehrheit der Menschen in erster Linie aus wirtschaftlichen Gründen das Land.<sup>36</sup>

Die Gründung zahlreicher neuer Emigrantenorganisationen ließ indes nicht lange auf sich warten.<sup>37</sup> Deren Spektrum umfasste zahlreiche Interessensvertretungen der Freiheitskämpfer, welche sich zum Weltverband der Ungarischen Freiheitskämpfer zusammenschlossen, des weiteren konfessionelle Vereinigungen, Studentenverbände unterschiedlicher politischer Ausrichtung, Zusammenschlüsse Intellektueller und Schriftsteller sowie politische Organisationen, die aus den vor 1947 bestehenden Parteien hervorgingen, u.a. etwa die Kleinlandwirtepartei und die Sozialdemokraten. Diese versuchten, den Kampf im Ausland fortzusetzen: Unmittelbar nach der Ankunft im Ausland gründeten etwa Vertreter dieser, bis zur Etablierung der Einparteiensherrschaft im Jahre 1947 in der Koalition vertretenen Parteien, den Ungarischen Revolutionären Rat. Die Gründer des Rates erhofften sich, die wesentlichen revolutionären Forderungen – Selbständigkeit Ungarns, Abzug der sowjetischen Truppen, demokratische Wahlen – mit Hilfe der westlichen Staaten und der UNO durchsetzen zu können. Doch scheiterte bereits allein deren Vorhaben, als so genannte Regierungsvertretung des Kabinetts Nagy international anerkannt zu werden.<sup>38</sup> Im Gegensatz zu den „Altemigranten“ der Jahre 1945 und 1947, welche eine homogene, insbesondere antikommunistische Weltanschauung vertraten, fanden sich unter den ‘56ern Angehörige sämtlicher politischer Strömungen von links bis rechts. Die Bewertung von 1956 fiel im Ausland nicht unter das Parteidiktat, und dementsprechend variierten in dieser Hinsicht auch die Auffassungen und Schlussfolgerungen unter den Emigranten. So viele politische Richtungen vertreten waren, so viele unterschiedliche Traditionen von 1956 waren im Entstehen begriffen.

Als Sammelbecken der linken Strömungen innerhalb der Emigrantengruppen fungierte das 1958 in Brüssel gegründete Imre-Nagy-Institut, das zu seinen primären Aufgaben die Wahrung

des politischen Erbes Imre Nagys zählte. So beteiligte sich das Institut an der Herausgabe der Dokumentation *Die Wahrheit im Fall Imre Nagy*, die kurz nach der Hinrichtung Nagys in mehreren Sprachen erschien. Weiters wurden die nach Westen geschmuggelten Schriften Nagys unter dem Titel *Un communisme qui n'oublie pas l'homme* [Ein Kommunismus, der den Menschen nicht vergisst] herausgegeben.<sup>39</sup> Das Institut währte sich in der sozialistischen Tradition Nagys, somit wurden vor allem seine Verdienste als kommunistischer Politiker gewürdigt: „Er wollte den sozialistischen Gedanken aus dem Geflecht zynischer und mörderischer Methoden retten.“<sup>40</sup>

Als wichtiges Forum für die Erinnerung an die Revolution diente die freie ungarische Presse im Ausland. Zeitschriften wie *Nemzetőr* [Der Nationalgardist], *Látóhatár* [Horizont], *Bécsi Magyar Hírek* [Wiener Ungarische Nachrichten] und *Irodalmi Újság* [Zeitung für Literatur] berichteten nicht nur über die jeweils gegenwärtige Lage in Ungarn, sondern veröffentlichten auch insbesondere anlässlich der Jahrestage regelmäßig theoretische wie programmatische Beiträge zum Thema 1956.<sup>41</sup> Die Blätter vertraten verschiedene Positionen bezüglich 1956 und den daraus abzuleitenden Schlüssen, welche bereits Gegenstand der vorangehenden Darstellung waren.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre begann sich allerdings jene Auffassung durchzusetzen, wonach die Kádársche Reformpolitik bedeutende, mitunter auch positive Veränderungen in der ungarischen Gesellschaft bewirkte.<sup>42</sup> Dies hing vor allem mit der neuen Haltung des Westens gegenüber Ungarn zusammen: Der Rückgang repressiver Maßnahmen, die erste große Amnestie der politischen Gefangenen, das Zugeständnis kleiner Freiheiten im privaten Bereich blieben dort nicht ohne Widerhall. „Die Emigration musste beim Politisieren folglich darauf achten, nicht selbst in den Zustand der Isolation zu geraten.“<sup>43</sup>

In *Irodalmi Újság* wurde zunächst dieser allgemeine Optimismus nicht geteilt, eher wurde die Doppelbödigkeit der Situation betont.

„Die auch im Westen sehr in Mode gekommene Darstellung der Liberalisierung als persönliches Verdienst Kádárs, der in seiner Person selbst die Antithese zum '56er Programm der *Irodalmi Újság* bildete, brachte die Emigration in eine ziemlich heikle Situation.“<sup>44</sup>

Paradoxerweise übernahm Kádár ausgerechnet aus einem Artikel des Emigrationsblattes den Leitspruch, der bald im Osten wie im Westen als wesentlichstes Charakteristikum des Kádárismus betrachtet werden sollte: „Zu Zeiten Rákosis war der Grundgedanke der Partei: ‚Wer nicht mit mir ist, ist gegen mich.‘; heute ist es eher folgender: ‚Wer nicht gegen mich ist, ist mit mir.‘ [...] Im Allgemeinen könnte man sagen, die Partei ist irgendwie bescheidener geworden“<sup>45</sup>, schrieb Tibor Méray am 23. Oktober 1961. Und auch die „große Amnestie“ im Jahre 1963 löste bei ihm nicht unbedingt Euphorie aus:

„Der vollkommene innere Frieden kann nicht erreicht werden, solange die durch die '56er Revolution auf die Tagesordnung gesetzten Fragen nicht gelöst sind. [...] Es genügt nicht, die Individuen aus den Gefängnissen zu befreien – auch die Nation muss befreit werden.“<sup>46</sup>

Im folgenden Jahrzehnt zeichnete sich innerhalb der Emigration im allgemeinen eine Tendenz der Entpolitisierung ab, die politische Arbeit geriet zugunsten kultureller Aktivitäten, Pflege der Muttersprache, Tradition und des Nationalbewusstseins zunehmend in den Hintergrund,<sup>47</sup> „da die ablehnende Haltung gegenüber der heimischen Macht schwächer wurde.“<sup>48</sup> Es setzte sich eine Auffassung durch, welche sich mit der ungarischen Politik zwar nicht aussöhnen konnte, aber neue Ansätze durchaus anerkannte. Die Erinnerung an 1956 war indessen unter den Emigranten stets tief verwurzelt. Ebenso wenig wurde die Solidarität mit der heimischen Opposition

durch diese Tendenz eingeschränkt, im Gegenteil, sie wurde intensiver, als sich auch diese verstärkt zum '56er Erbe bekannte. Höhepunkt war unter dem Eindruck der immer offeneren Konfrontation zwischen heimischer Opposition und den Machthabern sicherlich die Einweihung eines symbolischen Grabes zu Ehren der Hingerichteten auf dem Pariser Friedhof Père Lachaise am 16. Juni 1988. Innerhalb der Emigration blieb jedoch das Erbe von 1956 nicht unumstritten, was sich nicht zuletzt in der Kontroverse um die Rehabilitierung Imre Nagys äußerte. Während immer mehr Emigranten die Rehabilitierung Nagys forderten, wurden bisweilen auch Vorbehalte geäußert, die der Befürchtung entsprangen, Nagy könnte zum Märtyrer des Kommunismus werden.<sup>49</sup>

## 1956 und die Opposition

Die Rückbesinnung auf 1956 innerhalb der Opposition durchlief mehrere Phasen, welche insbesondere von den äußeren Umständen, d.h. nicht nur von der allgegenwärtigen Überwachung der ehemaligen '56er, sondern auch den Schikanen gegen deren Angehörige geprägt waren. Im Zuge der 1963 erlassenen Amnestie wurde ein Großteil der nach 1956 Verurteilten aus der Haft entlassen, 1971 kamen die letzten 800 politischen Gefangenen frei. Der Großteil der Amnestierten ging nach der Freilassung bald in die Opposition über. Die permanente Kontrolle und Überwachung seitens der Behörden erschwerte allerdings eine koordinierte Zusammenarbeit der Systemkritiker, geschweige denn die Publikation illegaler Zeitschriften, und so beschränkte sich ihre Tätigkeit in den ersten Jahren auf informelle Zusammenkünfte. Den Vorwand für die Treffen der ehemaligen '56er bildeten Ereignisse im privaten Rahmen, etwa Hochzeiten und Begräbnisse, welche den Behörden keinen Anlass für Interventionen bieten konnten. Ernsthaftere Gegenmaßnahmen erfolgten erst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, als die '56er und die Mitglieder der demokratischen Opposition eine Solidaritätserklärung für die verhafteten Exponenten der Charta '77 verfassten.

Beispielhaft für die daraus resultierende verstärkte Zusammenarbeit und Nivellierung bestehender Differenzen bzgl. des Erbes von 1956 unter den Oppositionellen ist das in dieser Zeit entstandene István Bibó-Gedenkbuch, in welchem nicht nur Oppositionelle und '56er zu Wort kamen, sondern auch unabhängige Intellektuelle. Der liberale Denker István Bibó, Staatsminister des letzten Kabinetts von Imre Nagy und Mitglied der Bauernpartei, 1958 zu lebenslanger Haft verurteilt und im Zuge der Amnestie von 1963 freigelassen, entwarf das Modell eines „beschränkten Mehrparteiensystems“.<sup>50</sup> Im Gegensatz zu Nagy als politischer Persönlichkeit, auf welche sich insbesondere Vertreter des linken Flügels beriefen, diente Bibó bald als Integrationsfigur für mehrere Strömungen.

Gegen Ende der 1970er Jahre begann die Opposition das Schweigen um 1956 zu brechen, indem sie Imre Nagy und 1956 zum Symbol für die Kritik am Kádár-Regime und seine Geschichte erhob. Anlässlich des 25. Jahrestages seiner Hinrichtung erschien in einem ungarischen Lokalblatt ein Gedicht, welches mit einer damals mutigen Forderung endete: „Er muss dereinst beerdigt werden, wir dürfen nicht vergessen, die Mörder müssen beim Namen genannt werden.“<sup>51</sup> Das Blatt wurde unverzüglich eingestellt, der Autor verhört. Aus der Reaktion der Behörden wird in diesem Fall einmal mehr ersichtlich, dass das Regime in der Thematisierung von 1956 stets eine Systemkritik erblickte und somit jeglichen Ansatz einer Vergangenheitsbewältigung im Keim zu ersticken versuchte. Im selben Jahr widmete das neben der Zeitschrift *Hírmondó* wichtigste Organ des Samisdat, *Beszélő*, eine Sondernummer zum Nagy-Imre Prozess. Darin wurde unter anderem festgestellt:

„Die Konzeption des Prozesses hat zum Großteil ihre Aktualität verloren. Ihre Umwertung lässt dennoch auf sich warten ... Dies ist aber auch ein Zeichen dafür, wie stark das auf 1956 folgende Regime trotz aller Veränderungen an die Lüge, aus welcher es hervorging, gefesselt ist.“<sup>52</sup>

Eine neue Phase in der oppositionellen Zusammenarbeit setzte etwa 1983/84 ein, als die Systemgegner dazu übergingen, illegale Treffen in Privatwohnungen zu organisieren.<sup>53</sup> Zum ersten Mal gelang es 1985, ein Treffen zwischen der radikalen Opposition und verschiedenen Gruppen der mit dem Kádár-Regime immer unzufriedeneren Reformer zu organisieren. Diese Konferenz von Monor war vom Geist der „Volkstümpler“ geprägt, einer Schriftstellergruppe der Zwischenkriegszeit, nach deren Auffassung die nationale Erneuerung vom Bauerntum ausgehen würde.<sup>54</sup> 1956 war zwar nicht Thema der Konferenz, mitunter jedoch wichtiger Referenzpunkt in der Beurteilung der gegenwärtigen Gesellschaft, so auch in István Csurkas (heute Exponent der ungarischen extremen Rechten) Referat über die „Neue Ungarische Selbstgestaltung“. Auch er erblickte in 1956 einen „Wendepunktcharakter“:

„Seit dem 4. November 1956 lebt das Ungarum nicht mehr seine eigene Geschichte. [...] weil die Nation gesund und seelisch souverän geblieben war, konnte sie das atemberaubende Wunder von 1956 zuwege bringen. Sie stand auf, erhob sich und konnte so, wenn auch nur für zwei Wochen, zum Ausdruck bringen, dass sie der rechtmäßige Herr und ein würdiger Bebauer dieses kleinen Fleckens europäischer Erde ist...“<sup>55</sup>

Dies scheint m.E. in diesem Zusammenhang erwähnenswert, da mit der Betonung des nationalen Charakters der Revolution sich die Herausbildung verschiedener '56er Traditionen bereits innerhalb der Opposition abzuzeichnen schien.

Anlässlich des 30. Jahrestages der Revolution im Jahre 1986 veranstalteten Angehörige verschiedener politischer Gruppierungen und Generationen eine illegale wissenschaftliche Konferenz zur Geschichte der Revolution. Geplant war, das Programm und den Inhalt der Konferenz im Nachhinein der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Protokoll der zweitägigen Sitzung wurde vom Samisdat-Blatt *Beszélő* 1987 herausgegeben. Der Großteil der gedruckten Exemplare wurde jedoch von der Polizei beschlagnahmt, was allerdings nicht bedeutete, dass die Konferenz ohne Wirkung geblieben wäre, bildete sie doch eine wichtige Grundlage für die oppositionelle Arbeit in den folgenden Jahren. Der Druck auf die Verfechter der Konterrevolutionstheorie wurde nun immer größer. Von größter Bedeutung erwies sich schließlich der Umstand, dass die Erinnerung an 1956 von der Opposition aus der privaten Sphäre in die Öffentlichkeit getragen wurde. Dies war insbesondere ein Verdienst des Komitees für Historische Gerechtigkeit (TIB), welches 1988 die Wiederbeerdigung Imre Nagys und seiner Gefährten in die Wege leitete. Am 16. Juni 1989 erwiesen mehr als 200.000 Menschen auf dem Budapester Heldenplatz Imre Nagy, Pál Maléter, Géza Losonczy, Miklós Gimes und József Szilágyi die letzte Ehre. Im staatlichen Fernsehen und Radio wurde die gesamte Zeremonie live übertragen. Am Vorabend der Wiederbeerdigung wurden in Rundfunk und Fernsehen die letzten Worte Imre Nagys gesendet. Nachdem bereits offen ausgesprochen worden war und auch in Oppositionskreisen Einigkeit darüber herrschte, dass es sich 1956 eindeutig um eine Revolution gehandelt hatte, traten aber bald die ersten Differenzen auf, so etwa in der Frage, wer als Redner im Rahmen der Feierlichkeiten am Heldenplatz auftreten sollte. Einigkeit bezüglich 1956 herrschte in den aufstrebenden oppositionellen Gruppierungen weitgehend, solange ein aufgezwungenes Gegenkonzept, eben jenes der „Konterrevolution“ galt, solange die Revolution als Symbol für den Übergang herangezogen werden konnte. Nach dem Wegfall

der parteiamtlichen Definition der Ereignisse wurden jedoch bald unterschiedliche Schlüsse gezogen. Diese Tendenz war in den Reden vom 16. Juni 1989 bereits in Ansätzen vorhanden. Was die Bedeutung der Wiederbeerdigung als Zäsur in der ungarischen Geschichte betraf, herrschte unter den Rednern Konsens: Am konkretesten drückte dies der 1956 zum Tode verurteilte und schließlich begnadigte Imre Mécs aus, indem er den 16. Juni 1989 als „Markstein des Epochenwechsels“ bezeichnete: „Wir beerdigen ein von vornherein schlechtes, von der Nation abgelehntes, uns aufgezwungenes und in jeder Hinsicht gescheitertes System.“<sup>56</sup> Politische Forderungen wurden in unterschiedlichem Ausmaß gestellt, grundsätzlich wurden diese allgemein als Wunsch nach einem demokratischen, unabhängigen Rechtsstaat formuliert. Am konkretesten bezog Sándor Rácz, 1956 Vorsitzender des Zentralen Budapester Arbeiterrates, in dieser Frage Stellung, indem er den Abzug der sowjetischen Truppen forderte, in deren Anwesenheit er die Ursache für die aufgebahrten Särge sowie „unser heutiges Leben in Verbitterung“ erblickte.<sup>57</sup>

Die Schlussfolgerungen, die aus 1956 gezogen wurden, gingen am deutlichsten aber im Zusammenhang mit der Bewertung Imre Nagys auseinander. Zweifelsohne wurde Nagy von allen Rednern als Opfer gewürdigt. Nagys Verdienst als Politiker hingegen wurde auf unterschiedliche Art und Weise zur Geltung gebracht. In den Augen Miklós Vásárhelyis, des einstigen Mitgliedes der Nagy-Gruppe, war Imre Nagy

„mehr als ein Politiker, er erwies sich als großzügiger und weiser Staatsmann in den entscheidendsten Stunden. [...] Er führte das Land aus der blutigen Konfrontation auf den Weg einer politischen Lösung und einer friedlichen Entwicklung. [...] Imre Nagys Botschaft ist heute aktueller, als je zuvor.“<sup>58</sup>

Tibor Zimányi hob als Vertreter der ehemaligen Internierten Nagys Reformpolitik zwischen 1953 und 1955 hervor, als deren Ergebnis auch die Öffnung der Internierungslager erfolgt war: „Wenn Du, Imre Nagy, nicht gewesen wärest und 1953 nicht die Regierung übernommen hättest, würden heute auch wir nicht hier stehen.“<sup>59</sup> Miteinander unvereinbar erscheinen die Positionen Béla Királys, Kommandant der während der Revolution aufgestellten Nationalgarde, und Viktor Orbáns. Király ging am ausführlichsten auf die Rolle Nagys ein und zollte ihm als volksnahen Kommunisten, der sich offen und konsequent gegen die Stalinisten stellte, Anerkennung. Er beschränkte sich nicht nur auf die Person Nagy als einen der wichtigsten Exponenten der Revolution, sondern erwähnte auch die Errungenschaften seiner Reformpolitik zwischen 1953 und 1955.

„Zwischen Imre Nagy und den Stalinisten liegen Welten, denn er wusste: wie kann und muss die Ideologie beim Regieren angewendet werden. [...] Für sie [die Stalinisten] war die Ideologie erstrangig, der Mensch zweitrangig. [...] Die Doktrin war für Imre Nagy, den menschlichen, gelehrten Staatsmann, lediglich ein Instrument, sein Ziel war das Wohlergehen des Menschen.“<sup>60</sup>

Király versuchte weiters Vorwürfe zu entkräften, wonach 1956 erst die Ereignisse auf der Straße Nagy dazu veranlassten, Positionen anzunehmen, die er bis dahin abgelehnt hatte. Zwar sei Nagy vielmehr Reformler als Revolutionär gewesen. Es sei allerdings an der Zeit anzuerkennen, dass „jene Reformen, für die er sich während der Revolution einsetzte, dieselben waren, für die er bereits zwischen 1947 und 1956 eingetreten war.“<sup>61</sup>

Die Errungenschaften Nagys in den Jahren seiner ersten Ministerpräsidentenschaft zu würdigen, lag dafür Viktor Orbán umso ferner, sah er doch in der Revolution eindeutig eine Abkehr vom

Kommunismus. Nagy und seine Gefährten, so Orbán, „identifizierten sich mit dem Willen der ungarischen Gesellschaft“, deshalb „mussten (Hervorh. d. Verf.) sie mit den heiligen kommunistischen Tabus abrechnen. [...] Wir haben aus ihrem Schicksal gelernt, dass Demokratie und Kommunismus miteinander nicht zu vereinbaren sind.“<sup>62</sup> 1956 sei zum ersten und letzten Mal vor 1989 versucht worden, sich dem westlichen Wirtschaftssystem einzugliedern:

„Die Konkursmasse, welche heute auf uns lastet, ist eine direkte Folge dessen, dass unsere Revolution in Blut erstickt wurde, und wir erneut in jene asiatische Sackgasse gezwungen wurden, aus der wir nun wieder einen Ausweg suchen.“<sup>63</sup>

Orbán schien 1956 ausgehend von den 1989 angestrebten Zielen, etwa der Marktwirtschaft, rückwirkend zu definieren. In dieser Analyse war mit Sicherheit kein Platz für reformkommunistische Tendenzen.

Die Zeit war gekommen, in der nun 1956 je nach Definition als neue Legitimationsbasis für die verschiedensten Strömungen dienen konnte.

## 1956 heute

Die Rückbesinnung auf 1956 erreichte mit der Wiederbeerdigung von Imre Nagy, Pál Maléter, Géza Losonczy, Miklós Gimes und József Szilágyi 1989 ihren Höhepunkt, was sich noch in der Folgezeit in Presse, wissenschaftlichen Publikationen und politischen Äußerungen niederschlug. Welche Bedeutung 1956 auf staatlicher Ebene als neue Legitimationsbasis hatte, zeigt allein der Umstand, dass die Republik Ungarn am 23. Oktober, dem 33. Jahrestag der Revolution, ausgerufen wurde, und die Erinnerung an 1956 Gegenstand des ersten erlassenen Gesetz ist:

„Das frei gewählte neue Parlament betrachtet es als seine unaufschiebbare Aufgabe, die historische Bedeutung der Revolution und des Freiheitskampfes vom Oktober 1956 in Form eines Gesetzes festzuhalten. Dieses lobenswerte Ereignis der neueren ungarischen Geschichte kann nur an der Revolution und am Freiheitskampf von 1848/49 gemessen werden. Die Ungarische Revolution des Herbstes 1956 hat die Grundlage für die Hoffnung gelegt, dass eine demokratische Gesellschaftsordnung geschaffen werden kann und kein für die Unabhängigkeit der Heimat gebrachtes Opfer umsonst ist. Die auf die Revolution folgende Vergeltung verhalf der alten Macht zwar wieder auf ihren Platz, sie war aber nicht imstande, den Geist von 1956 aus der Seele des Volkes auszurotten. Das neu gewählte Parlament betrachtet es als seine Pflicht, die Erinnerung an die Revolution und den Freiheitskampf wachzuhalten und zu pflegen. Das Parlament erklärt, dass die Mehrparteiendemokratie dem Geist von 1956 entsprechend im Interesse des Schutzes der Menschenrechte und der nationalen Unabhängigkeit alles tun wird, deshalb beschließt es in seiner ersten Sitzung als erstes folgendes Gesetz:

§ 1. Das Parlament verewigt das Gedenken an die Revolution und den Freiheitskampf von 1956 als Gesetz.

§ 2. Es erklärt den 23. Oktober, den Tag des Beginns der Revolution und des Freiheitskampfes von 1956, sowie den Tag der Ausrufung der Ungarischen Republik im Jahre 1989 zum Nationalfeiertag.“<sup>64</sup>

Im Laufe des Jahres 1990 verebbte allerdings diese Entwicklung, und bereits im Wahlkampf desselben Jahres gehörte 1956 nicht mehr zu den zentralen Themen.<sup>65</sup> Dies geht auch aus folgender Aussage von András B. Hegedüs<sup>66</sup>, Mitglied des Petöfi-Kreises, 1959 zu zweijähriger Haft verurteilt und 1960 freigelassen, danach maßgeblich an oppositionellen Aktivitäten, u.a. der illegalen Konferenz 1986 sowie der TIB-Gründung beteiligt, hervor:

„Diese ganze Angelegenheit vollzog sich in Ungarn einerseits mit einer solchen unglaublichen Geschwindigkeit, andererseits aber zeichnete sich in Bezug auf den gesamten 1956er Geist, die Symbolik und Liturgie ... und Politik auf die riesige Konjunktur folgend sehr bald eine Dekonjunktur ab.<sup>67</sup> [...] es herrscht zweifelsohne eine Dekonjunktur. Es kann sein, dass sich 1989 oder 1988 zur Zeit des Systemwechsels alles in so hohem Ausmaß auf 1956 fokussierte, was natürlich ist, denn dies war das letzte große nationale Trauma, das bewältigt werden musste, so dass sämtliche politischen Strömungen sich zum einen in dieser Frage vereinen konnten, zum anderen aber wollte sich jede von ihnen ihren eigenen Anteil sichern. Danach konnten sie aber mit einer so komplizierten und unverdauten Tradition nichts anfangen.“<sup>68</sup>

Die bereits vorhandenen fundamentalen Gegensätze bezüglich 1956 wurden jedoch bald Gegenstand heftiger Kontroversen zwischen diesen beiden Parteien.<sup>69</sup> Anfangs gab es zwar Bemühungen, dieser Polarisierung entgegenzuwirken. So sprach etwa der damalige Ministerpräsident József Antall am 23. Oktober 1990 von einem heterogenen Charakter der Revolution, ja sogar von inneren Gegensätzen, hielt dem aber die gemeinsame Tradition entgegen:

„Es ist jetzt unsere Aufgabe, mit der Kraft und dem Glauben der Mythologie, mithilfe rationaler Analyse der Lehren aus der Vergangenheit in der Gegenwart zu spüren, dass in grundlegenden Fragen den sich zwischen uns verstärkenden Gegensätzen und herrschenden Emotionen zum Trotz eine breite nationale Einheit zur Geltung kommen muss.“<sup>70</sup>

Ein Jahr später, anlässlich des 35. Jahrestages der Revolution, hob Antall zwar immer noch den integrativen Aspekt hervor, wies aber bereits auf Differenzen hinsichtlich der Tradition von 1956 hin. 1992 wich Antall schließlich entschlossen von seiner ursprünglichen versöhnlichen Haltung ab, was insbesondere im Zusammenhang mit seiner Bewertung von Imre Nagys Rolle auffällt. War bereits 1990 auf die Forderung Csurkas hin der Name Nagys aus dem Gesetz zu 1956 gestrichen worden, so betonte nun der Ministerpräsident in seiner Rede vom 15. Juni 1992, Nagy könne zwar als Märtyrer, nicht aber als Politiker, der lange Zeit der kommunistischen Partei seine Treue erwiesen hatte, als führende Persönlichkeit der Revolution gewürdigt werden.<sup>71</sup>

Die Konfrontation um 1956 spitzte sich schließlich zu, als Staatspräsident Árpád Göncz am 23. Oktober 1992 von rechtsextremen Demonstranten ausgepiffen und daran gehindert wurde, seine Gedenkrede zu halten.<sup>72</sup> Ein Jahr später wurde 1956 erneut Gegenstand einer polemischen Auseinandersetzung. Miklós Vásárhelyi, im Imre Nagy Prozess zu fünfjähriger Haft verurteilt, äußerte Kritik an den Vertretern der konservativen '56er Tradition:

„In besonders konservativen Kreisen wird der revolutionäre Charakter von 1956 geleugnet. Er wird geleugnet, weil sie nichts damit zu tun hatten. Egal, welches Dokument ich betrachte, jene Schicht, die zwischen den beiden Weltkriegen eine führende Rolle gespielt hatte und ein Teil derer auch heute noch für sich reklamiert, für die Führung der Nation berufen zu sein, also der christliche nationale Mittelstand, spielte 1956 keine Rolle. Dass es

1956 gegeben hat, kann nicht geleugnet werden. Sie versuchen aber zu verschleiern, dass es eine gesellschaftliche Bewegung war. Aber auch aus der Distanz von 37 Jahren betrachtet ist offensichtlich: die Revolution hatte einen sozialistischen, linken Charakter.“<sup>73</sup>

Darauf wurde von christdemokratischer Seite erwidert:

„Die feindliche Haltung des früheren Reformkommunisten Vászárhelyi gegenüber dem nationalen christlichen Mittelstand gibt einem zu denken. Auch nach 1946 wurde uns der erste Schlag versetzt, und jetzt, im Jahre 1993, richtet sich die Aussage des Artikels zu 1956 auch gegen uns.“<sup>74</sup>

Einen neuerlichen Anstoß zur Debatte gab 1994 im Anschluss an den Wahlsieg der Sozialisten die Kranzniederlegung an Nagys Grab durch den Ministerpräsidenten Gyula Horn. Beabsichtigt wurde damit aber weniger eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, denn einen Schlussstrich zu ziehen: „Es wäre endlich an der Zeit, das Aufrühren und Bewerten der Vergangenheit zu beenden“<sup>75</sup>, drückte etwa ein MSZP-Funktionär stellvertretend für die Partei aus.

Die Zurückhaltung der MSZP hinsichtlich der Vergangenheitsbewältigung wurde vom im Juni 2001 verstorbenen Verfasser der *Hungaricus*-Broschüre, Sándor Fekete, kritisiert. Die Partei habe sich nicht eindeutig zu Imre Nagy und der linken Tradition von 1956 bekannt und somit den konservativen Kräften ermöglicht, sich das '56er Erbe anzueignen. Dass sich die MSZP scheut, an die sozialistische Tradition von 1956 anzuknüpfen und sich eher davon distanziert, geht auch aus folgender Aussage des ehemaligen Ministerpräsidenten Péter Medgyessy zu einer Forderung von 1956, der Vergesellschaftung des Eigentums hervor:

„'56 – war eine andere Welt: Die Situation war eine andere, und sogar die Illusionen der Menschen waren andere. Heute wissen alle ganz genau, dass diese Art von Ideen, welche damals von vielen Angehörigen der demokratischen Linken vertreten wurden, heute nicht mehr zu verwirklichen ist.“<sup>76</sup>

Diese Geste Horns nutzte damals Viktor Orbán, um die moralische Glaubwürdigkeit seiner Partei, dem Verband der Jungen Demokraten (FIDESZ), in dieser Frage zu unterstreichen und ein eigenes Bild von 1956 zu konstruieren, welches einen Gegenpol zur „reformkommunistischen Verfälschung“ bilden sollte:

„Immer öfter wird so getan, als hätte das Wesen, die politische Natur der '56er Revolution im Kampf zwischen den beiden damaligen Parteifraktionen bestanden. Die damaligen bürgerlichen politischen Kräfte gehen in immer tieferem und größerem Schweigen unter. In Wahrheit ging es bei den Fraktionskämpfen der damaligen kommunistischen Partei um die Frage, ob das ungarische Volk in einem guten oder schlechten Sozialismus leben solle. Die Ereignisse der Revolution machten diese Debatte aber zu einer Nebensache. Das Volk wollte nämlich nicht zwischen einem guten und einem schlechten Sozialismus wählen, sondern es forderte die Möglichkeit des bürgerlichen Lebens zurück.“<sup>77</sup>

Inwieweit sich diese Aussage Orbáns auf die weitere Entwicklung hinsichtlich des Nachlebens von 1956 auswirken sollte, schätzt György Litván, Mitbegründer und langjähriger Direktor des Budapester Institutes für die Erforschung der 1956er Revolution, folgendermaßen ein:

„... Orbán leitete mit dieser Aussage die Teilung der ungarischen Gesellschaft ein und schuf seine eigene '56er politische Legitimation, noch dazu in einer charakteristischeren Weise, als dies irgendeiner Partei gelungen wäre.“<sup>78</sup>

In den folgenden Jahren baute FIDESZ seine eigene '56er Ideologie weiter aus. Im Programmheft mit dem Titel „Für Ungarn“ wurden jene Auffassungen, welche in 1956 die – so der Wortlaut im Original – „Verklärung“ des Sozialismus erblickten, scharf verurteilt. Der innerparteiliche Kampf zwischen Reformern und Stalinisten, zwischen Nagy und Rákosi, wurde darin als Kampf zwischen den „Gefängniswärtern“ beurteilt. Zum ersten Mal seit dem Systemwechsel wurden Nagy und seine hingerichteten Gefährten unter die „Gefängniswärter“ eingereiht, wenn auch in deren „bessere“ Kategorie.<sup>79</sup> In der Diskussion um das Erbe von 1956 vertrat der FIDESZ zwar mit aller Bestimmtheit die konservative '56er Tradition, doch wurde bald auf andere Traditionen und Symbole zurückgegriffen: Das historische Großungarn und die Stephanskrone. „Was die Symbolik betrifft, ist das Land heute eher am Hl. Stephan als daran [1956] interessiert.“<sup>80</sup> 1956 wurde nun zu einem von mehreren historischen Referenzpunkten innerhalb eines konservativen christlichen, nationalen Kontextes. Wurde 1990 ein Gesetz über das Gedenken an 1956 erlassen, so markierte nun zehn Jahre später das *Gesetz über das Gedenken an die Staatsgründung durch den Hl. Stephan und über die Heilige Krone* eine radikale Wendung in der Vergangenheitspolitik. 1956 konnte innerhalb dieses Rahmens nunmehr ausschließlich als nationaler Freiheitskampf mit konservativer Zielsetzung erscheinen, eine Auffassung, die sich zusehends auch auf institutioneller Ebene auswirkte. (In diesem Zusammenhang sei als konkretes Beispiel die damals erfolgte radikale Kürzung der Subventionierung des Dokumentations- und Forschungsinstitutes für die Geschichte der 1956er Ungarischen Revolution erwähnt.) Charakteristisch für die beschriebenen Bereiche ist eine scheinbare Entpolitisierung, 1956 wird gleichsam von politischem Gehalt „gereinigt“, wobei gleichzeitig der nationale Zusammenhalt als historisches Kontinuum suggeriert wird. Gerade daraus erwächst wiederum eine neue Legitimationsgrundlage für eine Politik, welche in diesem Fall nationalistische Züge aufweist. Bezüglich dieses in den vergangenen Jahren vorherrschenden '56er Geschichtsbildes im politischen Diskurs sei abschließend Litván zitiert:

„Der politische Diskurs über '56 hat dank der FIDESZ- und MIÉP<sup>81</sup>-Politiker sowie der Leiter der in ihrem Schatten agierenden Veteranenorganisationen das Revolutionsbild der Öffentlichkeit ziemlich erfolgreich verändert. [...] Das ‚plebejische '56‘ existiert noch dank der Präsenz einiger damaliger bewaffneter Kämpfer, es wurde aber an den Rand gedrängt und bleibt wahrscheinlich lediglich in Form einiger heroisch-romantischer Öldrucke bestehen, wenn der gegenwärtige öffentliche Diskurs sich fortsetzt. Eine andere Art des politischen Diskurses über 1956 konnten wir, gestehen wir uns dies ein, in den vergangenen zwei-drei Jahren nicht vernehmen.“<sup>82</sup>

Mit dem inzwischen erfolgten Regierungswechsel kommt 1956 wieder eine neue Rolle im politischen Leben zu: Gegenwärtig wird zu offiziellen Anlässen die „Vielfalt“, der parteiübergreifende und einigende Charakter von 1956 in den Vordergrund gestellt. Wiederum eine der vielen Facetten von '56, von dem Litván 1991 sagte, es bedeute „mittlerweile ernsthaftes politisches Kapital. Um '56 ist heute schon ein Wettbewerb im Gange.“<sup>83</sup> Ein Wettbewerb, der anlässlich des 50. Jahrestages nicht nur diskursive Züge annahm, sondern auch auf der Straße ausgetragen wurde.

## Anmerkungen

- 1 zit. in: Bill Lomax, Az alulról építkező demokrácia. Munkástanácsok és a központi hatalom. [Demokratie von unten. Arbeiterräte und die Zentralmacht.] in: *Világosság* 35 (1991)11, 728–733, 728 [Übers. V.A.].
- 2 Ez történt. A Népszabadság cikksorozata 1956-ról. [Dies geschah. Artikelserie der Népszabadság über 1956], 7 [Übers. V.A.].
- 3 János Berecz, Ellenforradalom tollal és fegyverrel [Konterrevolution mit Feder und Waffe], hrsg. von Kossuth Könyvkiadó, Népszabadság – Hírlapkiadó, Budapest 1981<sup>3</sup>.
- 4 János Molnár, Ellenforradalom Magyarországon 1956-ban. A polgári magyarázatok bírálata [Konterrevolution in Ungarn 1956. Kritik der bürgerlichen Deutungen], Budapest 1967.
- 5 Ez történt (wie Anm. 2).
- 6 David Irving, Aufstand in Ungarn. Die Tragödie eines Volks, München 1986, 392.
- 7 Agnes Heller, Ferenc Fehér, Ungarn 1956. Geschichte einer antistalinistischen Revolution, Hamburg 1982, 168.
- 8 Hannah Arendt, Die ungarische Revolution und der totalitäre Imperialismus, München 1958.
- 9 Éva Ständeisky, Antiszemitizmus az 1956-os forradalomban [Antisemitismus in der 1956er Revolution], in: *Élet és Irodalom*, 17.2.2004, 14–15.
- 10 Melinda Kalmár, Ennivaló és hozomány. A kora kádárizmus ideológiája [Essen und Mitgift. Die Ideologie des frühen Kádárismus], Budapest 1998, 263 [Übers. V.A.].
- 11 vgl. Péter György, Néma Hagymány. Kollektív felejtés és a kései múltértelmezés. 1956 1989-ben. A régmúltól az örökségig [Stumme Tradition. Kollektives Vergessen und späte Vergangenheitsdeutung. 1956 im Jahre 1989. Vom längst Vergangenen zum Erbe], Budapest 2000.
- 12 Gábor Gyáni, 1956 elfelejtésének régi-új mítosza [Der alt-neue Mythos über das Vergessen von 1956], in: *Élet és Irodalom*, (2001) 6, 7 [Übers. V.A.].
- 13 Gerhard Seewann/Kathrin Sitzler, Ungarn 1956: Volksaufstand – Konterrevolution – nationale Tragödie, in: *Südosteuropa*, 31 (1982)1, 1–18, 17.
- 14 Hubertus Knabe, Eine Revolution in Anführungszeichen, in: *Osteuropa*, 37 (1987) 5, 341.
- 15 vgl. János Rainer M., Nagy Imre újratemetése [Die Wiederbeerdigung Imre Nagys], in: Béla Király (Hrsg.), *A magyar forradalom eszméi. Eltűnésük és győzelmük (1956–1999)* [Die Ideen der ungarischen Revolution. Ihre Zerschlagung und ihr Sieg], Budapest 2001, 240–255, 240.
- 16 Rainer, Nagy Imre (wie Anm. 15) 247 [Übers. V.A.].
- 17 Rainer, Nagy Imre (wie Anm. 15) 240.
- 18 Rainer, Nagy Imre (wie Anm. 15) 248.
- 19 Rainer, Nagy Imre (wie Anm. 15).
- 20 Sándor Fekete wurde im Zuge der Vergeltungsmaßnahmen zu einer neunjährigen Haftstrafe verurteilt, konnte sich aber bereits in den 60er Jahren nach seiner frühzeitigen Entlassung als Verfasser von Petöfi-Monographien im ungarischen Kulturleben einen Namen machen.
- 21 Vorwort von Molnár Miklós in: *Hungaricus* [Fekete, Sándor]: Az 1956 felkelés okairól és tanulságairól [Über die Ursachen und Lehren des 1956er Aufstandes], Genf 1986, 5f.
- 22 György Litván/János M. Bak, Die Ungarische Revolution 1956 – Reform, Aufstand, Vergeltung, Wien 1994, 181.
- 23 Gyula Borbándi, A magyar emigráció életrajza [Biographie der ungarischen Emigration], Bern 1985, 248f. [Übers. V.A.].
- 24 Borbándi, A magyar emigráció (wie Anm. 23) 249.
- 25 Litván/Bak Die Ungarische Revolution (wie Anm. 22) 182.
- 26 A forradalom hangja. Magyarországi rádióadások 1956. október 23 – november 9. [Die Stimme der Revolution. Ungarische Radiosendungen vom 23. Oktober bis 9. November 1956.], hrsg. v. Verlag Századvég-Kiadó 462 [Übers. V.A.].
- 27 A forradalom hangja (wie Anm. 26) 461.
- 28 Otto Habsburg, A hidegháború Sztálingrádjá [Das Stalingrad des Kalten Krieges], in: *Magyar Hírlap*, 22.10.1992 [Übers. V.A.].
- 29 *Nemzetőr*, 30 (1986) 5, 3 [Übers. V.A.].
- 30 A forradalom hangja (wie Anm. 26) 463 [Übers. V.A.].
- 31 A forradalom hangja (wie Anm. 26) 461.
- 32 Josef Vecsey, Der Lebensweg Kardinal Mindszentsys bis 1971, in: Kardinal Mindszenty. Das Gewissen der Welt, Würzburg 1972, 55.
- 33 Vecsey, Lebensweg (wie Anm. 32) 11.
- 34 Hilde Weiss/Christoph Reinprecht, Demokratischer Patriotismus oder ethnischer Nationalismus in Ost-Mitteleuropa?, Wien – Köln – Weimar 1998, 32.

- 35 Peter Meleghy, Die ungarische Emigration nach 1956. Ein subjektiver Bericht, in: Exile im 20. Jahrhundert – ein internationales Jahrbuch, hrsg. im Auftrag der Gesellschaft für Exilforschung (2000) 18, 157–167, 157f.
- 36 Borbándi, A magyar emigráció (wie Anm. 23) 244.
- 37 Litván/Bak, Die Ungarische Revolution (wie Anm. 22) 176.
- 38 Borbándi, A magyar emigráció (wie Anm. 23) 249.
- 39 Litván/Bak, Die Ungarische Revolution (wie Anm. 22) 177.
- 40 Gyula Kozák (Red.), Szemle. Válogatás a brüsszeli Nagy Imre Intézet folyóirataiból [Szemle. Eine Auswahl aus den Zeitschriften des Brüsseler Imre Nagy Institutes], Budapest 1992, 18 [Übers. V.A.].
- 41 Litván/Bak, Die Ungarische Revolution (wie Anm. 22) 177.
- 42 Litván/Bak, Die Ungarische Revolution (wie Anm. 22) 103.
- 43 Gyula Borbándi, Emigráció és Magyarország. Nyugati Magyarok a változások éveiben 1985–1995 [Emigration und Ungarn. Westliche Ungarn in den Jahren des Wandels 1985–1995], Basel – Budapest 1996, 9 [Übers. V.A.].
- 44 János Rainer M., Nyugatról visszatekintve. Az *Irodalmi Újság* és Magyarország 1957–1973 [Vom Westen zurückblickend. *Irodalmi Újság* und Ungarn], in: 1956-os Intézet [1956er Institut] (Hrsg.), Évkönyv 1996 IV [Jahrbuch 1996 IV], Budapest 1996, 95–105, 100 [Übers. V.A.].
- 45 Rainer, Nyugatról (wie Anm. 44) 100.
- 46 Rainer, Nyugatról (wie Anm. 44) 101.
- 47 vgl. Borbándi, A magyar emigráció (wie Anm. 23).
- 48 Borbándi, A magyar emigráció (wie Anm. 23) 447 [Übers. V.A.].
- 49 Borbándi, Emigráció és Magyarország (wie Anm. 43) 12.
- 50 Az ellenzék és a magyar október [Die Opposition und der ungarische Oktober], Interview mit Imre Mécs, in: *Világ*, 19.10.1989, 24.
- 51 zit. in: Rainer, Nagy Imre (wie Anm. 15) 245 [Übers. V.A.].
- 52 zit. in: Rainer, Nagy Imre (wie Anm. 51).
- 53 Az ellenzék és a magyar október (wie Anm. 50) 24.
- 54 *Gegenstimmen*, 7 (1986) 23, 9.
- 55 *Gegenstimmen*, (wie Anm. 54).
- 56 *Magyar Nemzet*, (vollständige Reden) 52 (17.06.1989) 140, 2 [Übers. V.A.].
- 57 *Magyar Nemzet* (wie Anm. 56).
- 58 *Magyar Nemzet* (wie Anm. 56).
- 59 *Magyar Nemzet* (wie Anm. 56).
- 60 *Magyar Nemzet* (wie Anm. 56).
- 61 *Magyar Nemzet* (wie Anm. 56).
- 62 *Magyar Nemzet* (wie Anm. 56).
- 63 *Magyar Nemzet* (wie Anm. 56).
- 64 in: Attila Szakolcai: Az 1956-os forradalom és szabadságharc, [1956er Revolution und Freiheitskampf], Budapest 2001, 236 [Übers. V.A.].
- 65 György Litván, Politikai beszéd 1956-ról – 1989 után [Politischer Diskurs über 1956 nach 1989], in: *Magyar Hírlap*, 22.10.2001, 10 [Übers. V.A.].
- 66 nicht zu verwechseln mit András Hegedüs: 1952–1955 Partei- u. Ministerfunktionen, nach der Absetzung Imre Nagys 1955 Ministerpräsident; unterzeichnete im Oktober 1956 die Bitte um militärischen Beistand der Sowjetunion; nach dem Prager Frühling zunehmend oppositionelle Haltung, in den 70ern wegen antimarxistischer und revisionistischer Anschauungen Parteiausschluß, Unterzeichner der Charta '77, 1986 Teilnehmer der illegalen '56er Konferenz.
- 67 András B. Hegedüs im Gespräch mit Anna Losonczy und András Zemplényi über die Beerdigung Imre Nagys, Oral History Archiv des Budapester Institutes für die Erforschung der 1956er Revolution, 475/M, 4 [Übers. V.A.].
- 68 Hegedüs (wie Anm. 67) 28.
- 69 Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65) 10.
- 70 zit. in: Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).
- 71 Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).
- 72 Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).
- 73 zit. in: Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).
- 74 zit. in: Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).
- 75 zit. in: Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).
- 76 1956 megítélése ma [Die Beurteilung von 1956 heute], Interview mit László Kövér und Péter Medgyessy, in: Géza Gecse, Állam és nemzet a rendszerváltás után [Staat und Nation nach dem Systemwechsel], Győr 2002, 130 [Übers. V.A.].

77 zit. in: Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).

78 zit. in: Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).

79 Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).

80 Hegedüs (wie Anm. 67) 5.

81 MIÉP: Ungarische Partei der Wahrheit und des Lebens (extreme Rechte).

82 Litván, Politikai beszéd (wie Anm. 65).

83 György Litván, Kié 1956? [Wem gehört 1956?], in: *Világosság* (1991) 11, 721–724, 722 [Übers. V.A.].

## Abstract

The author tries to analyze the socialist, liberal and conservative interpretations of the Central Hungarian “Lieu de Mémoire”, Place of Remembrance: 1956. By analyzing the public political debates about the heritage of the Hungarian Revolution between 23 October and 4 November 1956, she tries to unearth the political instrumentalization of such a political event in the present political culture.